www.vorratsdatenspeicherung.de

STASI 2.0

Gegenwärtig werden in Deutschland grundlegende Bürgerrechte massiv eingeschränkt - meist mit der Begründung, dadurch könne eine effektivere Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität gewährleistet werden:

Vorratsdatenspeicherung. Am 09.11.2007 hat die Große Koalition im Bundestag das von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) vorangetriebene Gesetz zur sog. Vorratsdatenspeicherung verabschiedet. Durch dieses Gesetz sind seit 01.01.2008 alle Festnetz- und Mobilfunkanbieter dazu verpflichtet, sämtliche Verbindungs- und Standortdaten aller Nutzer verdachtsunabhängig zu protokollieren und sechs Monate lang zu speichern. Es ist also nachvollziehbar, wer wo wann wie lange mit wem telefoniert oder SMS-Nachrichten austauscht. Zugriff auf diese Daten haben neben der Polizei die deutschen Geheimdienste und 52 Drittstaaten. Ab 01.01.2009 gilt die Speicherpflicht aller Verkehrsdaten auch für die Anbieter von Online-Kommunikationsdiensten, z.B. Internetprovider, Emailanbieter oder VoIP-Services wie Skype.

Personenkennziffer (PKZ). Mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD hat der Bundestag am 09.11.2007 beschlossen, dass die bisher dezentral geführten Datenbestände aus über 5200 Meldestellen zu einer zentralen Steuerdatei zusammengeführt werden. Die Datensätze werden in der Steuerdatenbank mit einer eindeutigen und von der Geburt an bis 20 Jahre nach dem Tod gültigen, 11-stelligen Personenkennziffer ("Steuer-ID") verknüpft, die ab Mitte 2008 allen Deutschen zugeteilt wird. Ein vergleichbares Vorhaben hatte bereits 1976 die sozialliberale Koalition wegen verfassungsrechtlicher Bedenken verworfen.

E-Pass. Am 22.06.2005 hat der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) per Verordnung erwirkt, dass seit 01.11.2005 alle neu ausgestellten deutschen Reisepässe mit einem RFID-Chip versehen sind. Auf diesem auch aus meterweiter Entfernung auslesbaren Funkchip sind neben den üblichen Passdaten auch ein biometrisch verwertbares Passfoto, eine Unterschriftenprobe sowie seit November 2007 zwei Fingerabdrücke digital gespeichert. Nach den Plänen der Großen Koalition soll Ende 2009 mit der Ausgabe des biometrischen E-Personalsausweises begonnen werden.

Elektronische Gesundheitskarte. Sie ist zwar keine Antiterrormaßnahme, aber dennoch eine Bedrohung für unsere Grundrechte: die bereits in der Testphase befindliche neue „Gesundheitstelematik", durch welche die derzeit in den Arztpraxen getrennt geführten Krankenakten abgelöst und zu einer zentral gespeicherten lebenslangen Krankenakte zusammengeführt werden sollen.

Anti-Terror-Datei. Das seit 31.10.2006 gültige „Gemeinsame-Dateien-Gesetz" dient als gesetzliche Grundlage zur Zusammenführung von über 100 Datenbanken verschiedenster staatlicher Institutionen zur sog. Anti-Terror-Datei, auf die nun Polizei und Geheimdienste Zugriff haben. Der seit Gründung der BRD gültige rechtsstaatliche Grundsatz der Trennung von Polizei- und Geheimdienstarbeit wird damit faktisch außer Kraft gesetzt.

Zum Weiterrecherchieren: Videoüberwachung, 13-jährige Speicherung von Fluggastdaten, heimliche Online-Durchsuchung, IMSI-Catcher, Zensus 2011 ("Volkszählung"), Großer Lauschangriff, Wahlcomputer, DRM, §202c StGB Luftsicherheitsgesetz, §129 StGB, Kontenabfrage, Mautdaten, automatische Kennzeichenerfassung.

Warum solche Maßnahmen eine **große Gefahr für Rechtsstaat und Bürgerrechte** darstellen, für die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität aber kaum geeignet sind, soll hier am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung diskutiert werden:

Generalverdacht. Alle Bürger werden ohne jeden Anlass wie Verdächtige behandelt und überwacht, auch wenn keinerlei konkrete Hinweise auf eine Straftat bestehen.

Harmlose Verkehrsdaten? Mittels der Internet-Verbindungsdaten ist leicht festzustellen, welche Seiten ein Nutzer aufruft und welche Dienste er nutzt. Die Telefon-Verkehrsdaten machen erkennbar, wer mit wem wie intensiv in Kontakt steht. Damit lässt sich ein Modell des sozialen Netzes der gesamten Bevölkerung bilden. Bei Mobiltelefonen wird zusätzlich der Nutzerstandort registriert. Diese Daten sind alles andere als harmlos: Aus ihnen lassen sich Persönlichkeits- und Bewegungsprofile jedes einzelnen Einwohners der Bundesrepublik erstellen.

Analysemethoden digitaler Daten. Die Hoffnung, der Staat könne mit der Auswertung dieser Fülle an Daten überfordert sein, ist leider vollkommen unbegründet. Schon heute gibt es sehr ausgereifte Verfahren, die unter Anwendung von Methoden der künstlichen Intelligenz (Data-Mining) eine vollständig automatisierte semantische Analyse großer Datenmengen gestatten.

Unumkehrbarkeit und Tragweite. Informationen, die man einmal in die Hände eines anderen gegeben hat, lassen sich nicht wieder einfordern – dieser Schritt kann nicht rückgängig gemacht werden, die ordnungsgemäße Löschung von Daten ist nicht überprüfbar. Wer weiß aber, welcher gravierende Nachteil in zehn Jahren aus einer jetzt bedenkenlos preisgegebenen Information entstehen kann? Rechtssysteme sind nicht unveränderlich. Was heute harmlos erscheint, kann dann zu höheren Krankenkassenbeiträgen, dem Verlust der Arbeitsstelle oder zu Schlimmerem führen.

Vorauseilender Gehorsam. Wer weiß, dass er überwacht wird, passt sein Verhalten an, um nicht aufzufallen. Viele Menschen werden aus Angst darauf verzichten, politische Ereignisse in einem Internetforum kritisch zu kommentieren oder ihren Anwalt, den Steuerberater oder die Telefonseelsorge anzurufen. Freiheitlich-demokratisches Handeln weicht vorauseilendem Gehorsam.

Unwirksam. Schon mit geringen finanziellen Mitteln und basalem technischem Wissen kann jeder Kleinkriminelle die Wirkung der Vorratsdatenspeicherung aushebeln. Sie trifft also nur den unbedarften Bürger, der vor derlei Aufwand zurückschreckt – nicht aber den Personenkreis, gegen den sie sich eigentlich richtet: Das organisierte Verbrechen.

Kann ich für meine Grundrechte eintreten - als Einzelner?

Ja – und du bist nicht allein. Du kannst zum Beispiel aktiv werden, indem...

- du das politische Geschehen in den Medien kritisch verfolgst und mit deinen Freunden über die Gefahren der zunehmenden Überwachung sprichst.
- du eine Bürgerrechtsorganisation wie die Humanistische Union, den FoeBuD, Stop1984, das FIfF, die Deutsche Vereinigung für Datenschutz, den FFII oder den Chaos Computer Club ehrenamtlich oder finanziell unterstützt. Listen von Bürgerrechtsorganisationen gibt es hier: **http://tiny.cc/BRListe1 | http://tiny.cc/BRListe2 | http://tiny.cc/BRListe3**
- du von den Rechten, die uns bislang zustehen, Gebrauch machst und ihre Wahrung durch Verwendung technischer Mittel wie Verschlüsselung (GnuPG, TrueCrypt) oder Anonymisierung (JAP, TOR) sicherstellst: **http://tiny.cc/JAP | http://tiny.cc/PDongl**

Weiterführende Informationen:

- Grundrechte-Report (Jahrbuch): http://tiny.cc/GGrep
- Schwarzbuch Datenschutz: http://tiny.cc/SBDS
- Alltag Überwachung (Reportage): http://tiny.cc/AlltUeb
- Auf Nummer sicher? (Fernsehfilm): http://tiny.cc/AufNrsich

V.i.S.d.P.: padeluun | c/o FoeBuD e.V. | Marktstr. 18 | Bielefeld
Spendenkonto FoeBuD: 2129799 | Spk. Bielefeld | BLZ 48050161